

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Martin Sichert, Uwe Witt, Jörg Schneider, René Springer, Sebastian Münzenmaier und der Fraktion der AfD

Ausbildungsbereitschaft bzw. Ausbildungsbefähigung auf Seiten der Klein- und Kleinstbetriebe

Dem am 12. April 2019 von Seiten der Bundesregierung vorgelegten „Berufsbildungsbericht 2019“ (www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Berufsbildungsbericht_2019.pdf) ist auf Seite 16 zu entnehmen: „Die Zahl der Ausbildungsbetriebe ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken. Ebenso erreichte die Ausbildungsbetriebsquote im Jahr 2016 mit 19,8 % den bisher niedrigsten Wert überhaupt. Hauptfaktor dieses Rückgangs sind die Klein- und Kleinstbetriebe, die sich überproportional aus der Ausbildung zurückziehen. (...) Sie (die Klein- und Kleinstbetriebe) sind es auch, die angesichts des Rückgangs der Ausbildungsplatznachfrage bis 2017 die größten Schwierigkeiten haben, Ausbildungsplätze zu besetzen, da sie im Vergleich zu Großunternehmen nicht so bekannt sind und damit auch nicht dieselbe Anziehungskraft haben. So liegt der Anteil der Betriebe mit unbesetzten Ausbildungsstellen in Kleinstbetrieben im Jahr 2018 bei 53 %, bei Großbetrieben bei nur 24 %. Ebenso kann beobachtet werden, dass in Kleinstbetrieben häufiger Ausbildungsverträge gelöst und erfolgreiche Auszubildende seltener übernommen werden (60 % vs. 83 % für 2017) als in Großbetrieben, was wiederum zusätzlichen Aufwand für die Betriebe bedeutet.“ Ferner ist der S. 16 jenes Ausbildungsberichtes zu entnehmen: „Der Anteil der Betriebe ohne Ausbildungsberechtigung ist seit 2010 von 41 % auf 46 % im Jahr 2017 gestiegen.“ Die geschilderte Entwicklung lässt die Herausbildung eines Ausbildungsmonopols auf Seiten der Großunternehmen unter einer zunehmenden Verdrängung von Klein- und Kleinstbetrieben aus dem Ausbildungsgeschehen erwarten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Ursachen im Einzelnen sind – nebst dem Rückgang der Ausbildungsplatznachfrage im allgemeinen sowie dem mangelnden Bekanntheitsgrad und der geringeren Anziehungskraft für potentielle Auszubildende – für die mangelnde Ausbildungsbereitschaft bzw. Ausbildungsbefähigung auf Seiten der Klein- und Kleinstbetriebe nach Kenntnis der Bundesregierung auszumachen?
2. Mit welchen Maßnahmen – Subventionen, steuerlichen Vergünstigungen, Betreuungsmaßnahmen etc. – beabsichtigt die Bundesregierung, die Ausbildungsbereitschaft bzw. Ausbildungsbefähigung auf Seiten der Klein- und Kleinstbetriebe zu fördern bzw. wiederherzustellen?
3. Steht nach Kenntnis der Bundesregierung zu befürchten, dass sich durch die Herausbildung eines Ausbildungsmonopols auf Seiten der Großunternehmen gleichsam eine Verengung auf in den Großunternehmen gelehrte Ausbil-

dungsinhalte mitsamt einer Verdrängung von speziell in Klein- und Kleinstbetrieben gelehrten Ausbildungsinhalten stattfindet?

4. Mit welchen Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, die Bekanntheit und Popularität von Klein- und Kleinstbetrieben gegenüber den konkurrierenden Großunternehmen auf Seiten von Ausbildungssuchenden zu steigern?
5. Welche Ursachen sind für die hohe Anzahl an vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen in Klein- und Kleinstbetrieben nach Kenntnis der Bundesregierung auszumachen?
6. Mit welchen Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, der hohen Anzahl an vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen in Klein- und Kleinstbetrieben entgegenzuwirken?
7. Welche Ursachen sind nach Kenntnis der Bundesregierung für die geringere Übernahmequote in Klein- und Kleinstbetrieben auszumachen?
8. Mit welchen Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, der geringeren Übernahmequote in Klein- und Kleinstbetrieben entgegenzuwirken?
9. Mit welchen Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, der steigenden Anzahl an Betrieben ohne Ausbildungsberechtigung im Allgemeinen entgegenzuwirken?

Berlin, den 9. Oktober 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion